

# Im Internet ist der Teufel los

Erpressung, Diebstahl sowie Angriffe auf Firmen und Anlagen sind an der Tagesordnung

Von Kurt Tschan, Zürich

«Hacker arbeiten heute wie andere Leute auch», sagt Candid Wüest, Virenjäger beim amerikanischen Softwarekonzern Symantec, «sie kommen morgens um 9 Uhr ins Büro und verabschieden sich um 17 Uhr in den Feierabend. Am Wochenende haben sie frei.»

Wüest weiss, wovon er spricht. Der Principal Threat Researcher aus Glattbrugg lockt potenzielle Hacker mit «Wasserlöchern» und «Honigtöpfen». Immer wenn die feinen Sensoren bei den Internetspezialisten ausschlagen, sollen die Kriminellen mit präparierten Ködern in die Falle gehen. Wüest macht sich jedoch keine Illusionen. «Ein professioneller Hacker, der nicht sofort findet, wonach er sucht, Passwörter oder zahlungssensitive Daten, macht sich blitzschnell aus dem virtuellen Staub.» Die Aufklärungsrate bei Symantec ist deshalb kein Thema. Nur die nicht ganz uneigennützig gemeinte Aufforderung des Unternehmens, Computer und Rechenzentren bestmöglich zu schützen, stehen im Vordergrund. Tatsächlich realisieren meist nur jene die Gefahr, die sich zuvor ausreichend geschützt haben.

Während Privatkunden mit Antivirenprogrammen im Jahresabonnement bedient werden, sehen sich insbesondere Unternehmungen mit kritischen Infrastrukturen – wie Wasser- und Stromversorgungen oder Flughäfen – von Kriminellem im Internet bedroht. Weltweit gibt es tagtäglich Hunderte von Attacken in Form von Spionage und Sabotage. Ein Grossteil von ihnen wird nicht bekannt, da keine Meldepflicht besteht.



Wandel. Hacker sind nur noch selten Ideologen, aber immer häufiger Angestellte von kriminellen Organisationen. Foto Fotolia

Obwohl verlässliche Daten fehlen, ist Wüest überzeugt, dass der Schaden, der durch die Internetkriminalität entsteht, die Umsätze des weltweiten Drogenhandels bereits übersteigt.

Angefangen hat alles 1982, als Hacker die transsibirische Gaspipeline durch die USA angriffen und den Betrieb störten. 1997 musste der britische Flughafen Worcester für sechs Stunden seinen Betrieb unterbrechen, 2003 wurden Fertigungsstrassen bei DaimlerChrysler für vier Stunden gestoppt, vier Jahre später spielten Verkehrsampeln in Los Angeles verrückt und ein Jahr später schalteten Erpresser den Strom in mehreren amerikanischen Städten ab.

Auch die Schweiz befindet sich im Cyberkrieg. Zwei Fälle von ver-

seuchtem Trinkwasser im Luzernischen und in der Romandie könnten nach Ansicht von Wüest auf das Konto von Hackern gehen. Konkret ist der Fall eines Drohnenangriffs auf ein Schweizer Unternehmen, um illegal Informationen zu beschaffen. Bekannt sind auch mehrere Hackerangriffe auf das Eidgenössische Aussendepartement.

### Gefährliche Werbebanner

In der Schweiz gibt es rund eine halbe Million potenzielle Ziele von kritischen Infrastrukturen. Die betreffenden IP-Adressen sind über die Suchmaschine Shodan frei zugänglich. Alleine in Basel, das im Schweizer Ranking auf Platz fünf liegt, sind es annähernd

11 000. Besonders anfällig sind öffentliche Werke, Firmen, aber auch Gemeinden, weil ihre IT-Systeme, wenn sie mal funktionieren, nicht gerne angetastet werden und Hersteller beim Einsatz von Sicherheitssoftware die Garantieleistungen streichen.

Nach Ansicht von Myriam Dunn Cavelti von der ETH Zürich wäre es fahrlässig, auf die Hilfe des Bundes zu warten. Dieser definiere zwar kritische Strukturen und gewichte sie. Mit Gesetzen alleine sei der Gefahr jedoch nicht beizukommen.

Gegenwärtig sind Werbebanner beliebte Einstiegsmöglichkeiten in Rechner. Bei Twitter und Facebook wurden sie ebenso festgestellt wie bei diversen Onlineportalen.

# Zwei schallende Ohrfeigen für britische Banker

New Yorker Börse übernimmt Libor-Verwaltung – neue Datenbank erfasst inkompetente Banker

Von Sebastian Borger, London

Der wichtigste internationale Finanzplatz der Welt muss mit einem symbolischen Prestigeverlust und härterer Aufsicht zurechtkommen. Am Dienstag vergab eine britische Fachkommission die Verwaltung des eminent wichtigen Interbankenzinses Libor (London Interbank Offered Rate) an die New Yorker Börse NYSE Euronext, deren Londoner Pendant LSE ging leer aus. Zudem macht sich die konservativ-liberale Koalition wichtige Ideen der überparteilichen Parlamentarischen Bankenkommission (PBK) zu eigen: Künftig soll es auf der Insel Gefängnisstrafen für waghalsige Bankchefs, Boniauszahlung erst nach zehn Jahren sowie mehr Wettbewerb unter Geschäftsbanken geben. «Strenge Verhaltensnormen sind kein

Ersatz für globalen Erfolg, sondern häufig seine Voraussetzung», glaubt Finanzminister George Osborne.

Die Affäre um die langjährige Manipulation des Libor hat Londons Ruf als Finanzplatz erheblich beschädigt. Dem Interbankenzins liegen global Verträge im Wert von mehr als einer halben Billion Dollar zugrunde. Bisher war für seine Ermittlung der britische Bankenlobbyverein BBA zuständig. Dass nun Amerikaner die entsprechenden Daten sammeln, galt in London offenbar als geringeres Übel als die von der New Yorker Aufsichtsbehörde CFTC geäusserte Idee, die Benchmark sowie die regionalen Pendanten Euribor, Tibor (Tokio) und Sibor (Singapur) ganz abzuschaffen.

Daten ganz anderer Art will die in London ansässige europäische Bankenaufsicht EBA sammeln. Dort soll 2014

eine Datenbank inkompetenter Banker entstehen. Damit soll vermieden werden, dass gescheiterte Bankchefs kurzerhand das Land wechseln und anderswo neues Unheil anrichten. Allerdings werde stets der Einzelfall geprüft.

### Es drohen neu Gefängnisstrafen

Die britischen Behörden wollen sogar einen neuen Straftatbestand einführen. Waghalsigen Bankchefs, die ihre Firmen wie 2008 in den Ruin treiben, drohen dann wegen «rücksichtslosen Fehlverhaltens» Gefängnisstrafen. Zwar zweifeln Juristen an der Umsetzbarkeit des Paragrafen. Regierung und Bankenkommission erhoffen sich davon aber ebenso abschreckende Wirkung wie von der neuen Regelung, vereinbarte Boni bis zu zehn Jahre zurückhalten zu können. Das Verhalten von Bankvor-

ständen müsse sich «grundlegend ändern», fordert der Kommissionsleiter und konservative Unterhausabgeordnete Andrew Tyrie. Zum Verfall der Sitten hätten aber auch allzu nachsichtige Aufseher und Regierungen beigetragen.

Dass sein Parteifreund Osborne einen anderen wichtigen Reformschritt verweigert, hat den einflussreichen Hinterbänkler Tyrie erbost. Seine PBK, zu der neben einem Ex-Finanzminister und ehemaligen City-Tradern auch der anglikanische Erzbischof Justin Welby zählt, wollte die ohnehin geplante Abgrenzung von normalem Bankengeschäft und risikoreicher Investmentbank durch einen «Elektrozaun» ergänzen. Dies sagte Osborne im Frühjahr auch zu; das nun vorgelegte Gesetz ist aber nach Tyries Ansicht «so schwach, dass es praktisch wirkungslos bleibt».

## Nachrichten

### Fossil schafft in Basel 45 neue Stellen

**Basel.** Die Fossil-Gruppe aus Dallas, Anbieter von Uhren und Lifestyle-Accessoires, will 2013 am Europa-Hauptsitz in Basel 45 neue Jobs schaffen. Fossil stockt vor allem im Marketing und Marken-Management auf. Zudem werden die Travel-Retail-Tätigkeiten neu in Basel gebündelt. Hier bietet Fossil über 200 Stellen. Zusätzlich werden in der Uhrenproduktion in Glovelier (JU) 30 neue Stellen geschaffen. rm

### Van Beurden folgt auf Voser an Shell-Spitze

**Den Haag.** Der Ölkonzern Shell hat intern einen Nachfolger für den scheidenden Schweizer Vorstandschef Peter Voser gefunden. Der 55-jährige Niederländer Ben van Beurden soll Anfang 2014 an die Spitze rücken. Der Manager arbeitet seit 30 Jahren in verschiedenen Funktionen im Konzern. SDA

### Detailhandel mit leicht steigendem Trend

**Neuenburg.** Die Umsätze der Schweizer Detailhändler sind im Mai um 0,1 Prozent gestiegen. Real beträgt das Plus 1,8 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik gestern mitteilte. Nominal betrug das Wachstum 0,4 Prozent. SDA

### Swiss fliegt Lufthansa im ersten Halbjahr davon

**Zürich/Frankfurt.** Die Airline Swiss hat im ersten Halbjahr rund 7,77 Millionen Passagiere und damit 0,9 Prozent mehr als in der Vorjahresfrist befördert. Die konzernweiten Zahlen der Muttergesellschaft Lufthansa dagegen tauchten um 0,4 Prozent auf 49,5 Millionen Fluggäste. SDA

### IWF und US-Regierung senken Prognosen

**Washington.** Die erhoffte Erholung der Weltwirtschaft verliert nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) schon wieder an Schwung. Für zahlreiche Länder nahm der Fonds gestern seine Wachstumsprognosen teils sehr deutlich zurück. Davon betroffen sind Deutschland, die USA und auch China. Die Ursachen reichen von der unerwartet heftigen Rezession im Euro-Raum bis zur Nachfrageschwäche in wichtigen Schwellenländern. Die Weltwirtschaft wird dem IWF-Bericht zufolge in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im nächsten Jahr um 3,8 Prozent wachsen – etwas weniger als im April geschätzt. Auch die US-Regierung senkte gestern die eigene Wachstumsprognose für 2013 und 2014 leicht. SDA

## Service public

# Ferien aktivieren unsere Lebensgeister

Von Urs Müller

In diesen Tagen sind, waren oder gehen die meisten in die Ferien. Sei es in die Berge, ans Meer oder zu ihren Familien in die Heimat. Allen ist zu wünschen, dass diese Tage der Auszeit zu einem guten Erlebnis werden. Die Gesundheit jedes Einzelnen lässt sich durch Ferien wohl am besten pflegen. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass Überstunden wenn immer möglich durch Ferien und nicht mit Geld abgegolten werden sollen. Mehrarbeit hängt an und muss deshalb auch wieder zu mehr Entspannung führen.

Im Service public wird intensiv gearbeitet, damit Sie als Bürgerin und Bürger beruhigt in die Ferien können. In der Schule wird gebildet, damit unsere Kinder auch in Zukunft hervorragende Chancen im Leben und auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Leute von den IWB sorgen dafür, dass sie genügend Strom, Gas, Wasser, Fernwärme beziehen können, dass diese Produkte sicher geliefert werden und dass für den Kauf auch ökologische Standards berücksichtigt werden. Denken Sie daran, die einzelnen Wagenführerinnen oder Buschauffeure

von BVB und BLT können nichts dafür, dass nun von Bahnhof bis Feldbergstrasse Schienen und Beläge neu gemacht werden müssen. Wenn Sie dieser Tage, kurz vor den Ferien, eine Steuerrechnung bekommen, dann machen die Angestellten der Steuerverwaltung nur ihren Job und wollen Sie nicht speziell plagen. Sie sind froh, wenn Sie in diesen Tagen nicht in

### Für unsere soziale Stabilität als Arbeitnehmende müssen wir kämpfen.

Scherben stehen, denn diese werden von unseren Stadtreinigern entsorgt. Sollte es doch passieren, und Sie müssen in den Notfall, seien Sie froh, dass dort im 24-Stunden-Betrieb gearbeitet wird, auch wenn Sie wegen eines dringlich Notfalls warten müssen.

Denken Sie daran, auch diese Menschen haben ihre Ferien verdient, und haben Sie Verständnis, wenn auf der einen oder anderen Abteilung für eine Anfrage ein oder zwei Tage länger auf

die Antwort gewartet werden muss; auch dies ist eine Nebenwirkung der verdienten Ferien für alle.

Auch ich gehe demnächst in die Ferien und fahre mit dem Velo dem Main entlang. Ich muss aber dann in diesen Tagen auch daran denken, dass wir für unsere soziale Stabilität als Arbeitnehmende auch kämpfen müssen. In anderen Ländern sind die Bedingungen leider nicht so gut. Nur zwei Beispiele der letzten Tage:

Erstens haben wir mit China ein Freihandelsabkommen beschlossen. Wir sind alle beeindruckt, wie der Bundesrat die EU ausgetrickelt hat und die Schweiz als eines der ersten Länder Europas ein solches Abkommen mit China abgeschlossen hat, das Zölle abbaut. Dass in diesem Abkommen offensichtlich nichts über Sozialstandards steht, welche eingehalten werden sollen, richtet sich direkt auch gegen die Errungenschaften in unserem Land. Wegen solch fehlender Standards sterben zum Beispiel in China jedes Jahr Hunderte Menschen im Bergbau. Zweitens sind in Bangladesch in Textilfabriken im letzten Jahr über 1000 Menschen verbrannt, weil dort minimalste Bestimmungen nicht einge-

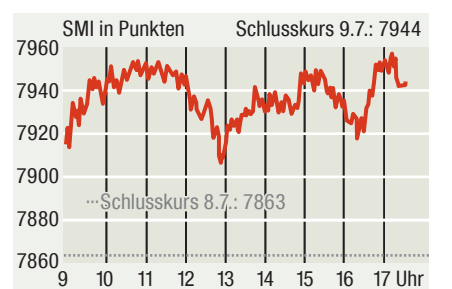
halten werden, aber auch, weil wir gerne die billigsten T-Shirts einkaufen wollen. Jetzt behaupten die Textilfirmen, dass alles besser wird – bis zum nächsten Brand.

Liebe Leserinnen und Leser, so ist die Welt, wie sie ist. Sorgen wir mit unserem Engagement nach unseren wohlverdienten Ferien dafür, dass insgesamt mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt erkennbar ist. Denken Sie daran, dass wir Sorge tragen müssen zu unseren Errungenschaften. Dazu gehören eine gute Wohnraum- und Sozialpolitik, anständige Mindestlöhne, eine Pensionskasse beim Staat, welche auch in Zukunft ein schönes Leben in Rente möglich macht, oder das Kleinbasel, dem am dichtesten bewohnten Quartier, wo günstiger Wohnraum vernichtet werden und mit dem Claraturm eine weitere Scheusslichkeit in den Himmel gebaut werden soll. Der Wirt in der «Piano Bar» am Riehenring 71 nimmt noch gerne bis am 26. Juli Ihre Referendumsunterschrift entgegen.

Kurz: Schöne, erholsame Ferien, es bleibt danach genug zu tun. Urs Müller ist BastAI-Grossrat.

## Börse

### Börse legt weiter zu



**Zürich.** Der Schweizer Aktienmarkt hat gestern weiter zugelegt. Der Leitindex SMI eröffnete über der zuletzt Ende Mai erreichten Marke von 7900 Punkten und konnte die Gewinne bis zum Schluss ausbauen. Die gute Stimmung wurde mit der Hoffnung auf eine positive Halbjahresberichts-Saison begründet. Damit rückten die Sorgen um die Straffung der US-Geldpolitik und um das sich verlangsamende Wachstum in China in den Hintergrund. Dass der IWF bekannt gab, seine Wachstumsaussichten für viele Länder nach unten zu revidieren, vermochte die Stimmung nicht zu trüben. Der Swiss Market Index (SMI) schloss 1,03 Prozent höher auf 7944,19 Punkte. Der breite Swiss Performance Index (SPI) stieg 1,03 Prozent auf 7503,66 Zähler. SDA